Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

25.6.1864 (No. 148)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Juni.

Nr. 148.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 24. Juni.

Dienstnachricht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 17. d. Mts. gnädigst geruht, den Stadtdirektor Grafen von Hennin in Mannheim wegen leidender Gesundheit, seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß und unter Anerkennung seiner treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

London, 24. Juni. (Sch. M.) Im Parlament versprachen gestern Graf Russell und Lord Palmerston am Montag eine Auseinandersetzung über die Konferenz zu geben und die Dokumente vorzulegen. Russell bedauerte den wahrscheinlichen Wiederausbruch der Feindseligkeiten.

London, 24. Juni. (Sch. M.) Der Ministerrath wird sich heute versammeln. — Lord Palmerston sagte gestern im Parlament in Antwort auf eine Anfrage Disraeli's, er glaube, daß die Samstags-Sitzung der Konferenz die letzte sein werde. In diesem Fall werde er am Montag alle die Konferenz betreffenden Dokumente vorlegen und eine Auseinandersetzung über die Verhandlungen geben. Hunt fragte, ob die Samstags-Konferenz bloße Formalität oder Fortsetzung der Verhandlungen sein werde. Lord Palmerston antwortete, er glaube, daß diese Sitzung die letzte sein werde; aber er könne unmöglich sagen, was vorkommen werde.

London, 23. Juni. (Sch. M.) „Times": Die Konferenz ist als geschlossen zu betrachten. Die letzten Anstrengungen Englands, den Frieden aufrecht zu erhalten, waren vergeblich. Die Konferenz wird sich am Samstag noch einmal versammeln, aber nur der Form wegen, um das Protokoll zu lesen und die gewöhnlichen Höflichkeiten vor der Trennung auszutauschen. Oesterreich und Preußen machten das höhnische Angebot, ein Schiedsgericht unter der Bedingung anzunehmen, daß sie sich das Recht vorbehalten, die Entscheidung des Schiedsrichters zu korrigiren. Das Programm Preußens und Oesterreichs wird sein, Schleswig-Holstein als unabhängige Herzogthümer zu proklamiren, Jütland als Garantie der Kriegskosten besetzt zu halten und sich noch weiter in Dänemark festzusetzen. England muß Dänemark vertheidigen, wenn die Deutschen weiter gehen und Fühnen und Kopenhagen angreifen. Ein kleines Schiffsgeschwader, das abgeschickt würde, würde dies verhindern. — „Post" und „Daily News" sagen gleichmäßig, daß die Konferenz beendigt sei und die Feindseligkeiten am Montag wieder beginnen werden.

Deutschland.

×**Frankfurt,** 23. Juni. Nach Vorlage von Standeslisten und Entgegennahme neuerer Berichte des Hrn. v. Beust erstattete in der heutigen Bundestags-Sitzung zunächst der Militärausschuß Bericht über Leitung und Beaufsichtigung größerer Truppentransporte auf Eisenbahnen. Hierauf meldete Oldenburg seine Ansprüche auf die Elbherzogthümer an, unter Vorlegung des Verzichts des Kaisers von Rußland zu Gunsten des Großherzogs und unter entschiedener Verwahrung gegen die Ansprüche des Augustenburgischen Hauses. Die Vorlage wurde den Ausschüssen zugewiesen. Baden ließ die Publizirung der in Nürnberg angenommenen Modifikationen zur deutschen Wechselordnung anzeigen und Mecklenburg, daß es das Pulverausfuhr-Verbot erlassen. (Die bezügliche Erklärung von Hamburg ist immer noch im Rückstand.) Bayern gab eine Erklärung über die erhobene Beschwerde des Grafen Erbach wegen angeblicher Verletzung seiner standesherrlichen Rechte ab.

München, 22. Juni. Wiener Blätter bringen folgendes Telegramm: „In der heutigen zweiten Plenarsitzung der Zollkonferenz wurde eine Basis auf Grundlage des in der gestrigen und vorgestrigen Separatsitzung vereinbarten neuen Vorschlages gewonnen. Die österreichischen Bevollmächtigten haben Instruktionen eingeholt."

Darmstadt, 23. Juni. (W. T.-B.) In der Ersten Kammer erklärte heute das Präsidium, aus welchen formellen Gründen eine Vorlage des bekannten Protestes wegen Schleswig-Holstein unterblieben sei, fügte aber bei, es (Präsidium) erachte es den Ansichten der Versammlung entsprechend, wenn es die Hoffnung und Erwartung ausspreche, daß unter der Führung Oesterreichs und Preußens die Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit im nationalen Sinn ohne Aufgabe einzelner Theile des Landes, die sich mit ihm Eins fühlen, erfolgen werde. Die Kammer trat dieser Ansicht einstimmig bei.

Kassel, 22. Juni. (Fr. J.) Den Ständen wurde heute eine Steuergesetz-Vorlage des Inhalts gemacht: „Die dermalen bestehenden Steuern und Abgaben werden weiter ganz in der bisherigen Weise bis zum 31. Dezember l. J. forterhoben." Auch erfolgte die Mittheilung, daß an Stelle des erkrankten Hrn. v. Stiernberg Hr. Pfeiffer einstweilen neben dem Justizministerium auch das des Innern versehen werde.

Dresden, 22. Juni. (Dresd. J.) Die Erste Kammer trat gestern Abend zu einer zweiten öffentlichen Sitzung zusammen, um den Bericht ihrer dritten Deputation über den in der Vormittagssitzung der Zweiten Kammer gefaßten Beschluß bezüglich der schleswig-holsteinischen Angenheit entgegen zu nehmen. Die Deputation hatte den Bericht der jenseitigen Deputation angenommen, und bemerkte der Berichterstatter zur Erläuterung, daß dieser Bericht in einzelnen Punkten zwar zu Zweifeln Veranlassung geben könne, daß sich dieselben aber, wenn man den Bericht im ganzen Zusammenhang betrachte, erledigten. Er mache darauf aufmerksam, daß die Erste Kammer schon bei der Frage über die Erbfolge in den Herzogthümern betont habe, daß die gesetzlichen Vertreter des Landes zu hören seien; deßhalb müsse man es für um so gerechter halten, jetzt bei der Frage über die Theilung Schleswigs die Bevölkerung zu hören. Im Uebrigen sei jetzt die Lage eine viel günstigere, als zu der Zeit, wo diese Angelegenheit in dieser Kammer zum letzten Mal zur Sprache gekommen, indem jetzt Oesterreich und Preußen denselben Zielpunkt verfolgten, wie die übrigen deutschen Bundesstaaten. In der kurzen Debatte hierüber äußert Graf Stolberg einige Bedenken rücksichtlich des die Volksabstimmung betreffenden Passus, indem er bemerkt, daß es ihm doch zweifelhaft sei, ob eine Volksabstimmung die wahre Stimmung eines Volkes auszudrücken wirklich geeignet sei. Der Referent bemerkt Dem entgegen, daß über die Modalität, wie diese Abstimmung bewirkt werden solle, im Antrag vollständig freie Hand gelassen werde. Die Kammer tritt hierauf der von der jenseitigen Kammer abgegebenen (gegen jede, ohne Zustimmung des Volkes vorgenommene Theilung Schleswigs protestirenden) Erklärung bei namentlicher Abstimmung, so wie auch dem weitern Beschlusse, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Bundesbevollmächtigten in London, Frhrn. v. Beust, eine Abschrift dieser Erklärung übersenden zu wollen, einstimmig bei, nicht aber dem Beschlusse, die obbemerkte Erklärung mittelst Protokollauszugs an die Staatsregierung gelangen zu lassen. Sie beschließt vielmehr, dies mittelst einer ständischen Schrift zu thun, und ertheilt dem Direktorium Ermächtigung zu deren Vollziehung und Ueberreichung.

Hannover, 22. Juni. (Fr. J.) In der Zweiten Kammer begann heute die Berathung der neuen Hypothekenordnung. Allgemein sprach sich der Wunsch aus, das Gesetz möge mit den sehr gründlichen und ausführlichen Ausschußanträgen ohne langathmige Verhandlungen über Einzelnheiten Annahme finden, damit die Durchberathung desselben noch vor der Vertagung möglich werde. Die wichtigste Bestimmung des Gesetzes im §. 7, wonach eine Hypothek künftig nur durch Eintragung in das Hypothekenbuch entstehen soll, ward einstimmig genehmigt. — Die Fortsetzung der Budgetberathung, welche alsdann folgte, führte zu Verhandlungen über das Volksschullehrer-Wesen. Das Haus beschloß, die Regierung aufzufordern, daß sie bei der unverkennbaren Nothwendigkeit weiterer Aufbesserungen der Schulstellen und der wiederholt bewiesenen Bereitwilligkeit der Stände, in der Verbesserung des Volksschulwesens den zunächst verpflichteten Gemeinden zu Hilfe zu kommen, ihre Anstrengungen behufs Verbesserung des Schulwesens fortsetzen möge. Gegen die Stimmen der Minister ward zugleich der Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, daß sie auf eine, der fortgesetzten Gehaltserhöhung entsprechende bessere Ausbildung der Seminarlehrer Bedacht nehmen möge, und bei dem nächsten Budget in dieser Beziehung Vorschläge machen wolle.

Oldenburg. Aus Mainz, 21. d., geht der „Allg. Ztg." nachfolgender Brief des Großherzogs von Oldenburg an den Herzog Friedrich von Augustenburg vom 20. Nov. v. J. mit dem Anfügen zu, daß er vor mehreren Monaten schon an süddeutschen Höfen bekannt geworden sei:

Gnädigster Herr! Ihr Brief gelangte gestern Abend in meine Hände. Die edlen Gesinnungen, welche Sie, lieber Vetter, darin aussprechen, können dem großen Vertrauen, welches Sie mir entgegentragen, nur einen erhöhten Werth geben. Seien Sie fest davon überzeugt, daß ich, wie bisher so auch fortan, all' mein Streben, alle meine Kräfte daran setzen werde, die Rechte Schleswig-Holsteins zu vertreten und zu vertheidigen. Ich halte dies für eine heilige Pflicht aller Glieder unseres Gesammthauses; daß ganz Deutschland die alten Rechte Schleswig-Holsteins als ein nationales Gut betrachtet, kann unsere Pflichten nur erhöhen. Ich bin daher vollkommen durchdrungen von dem Bewußtsein, eine wie große Verantwortung in dieser ernsten Krisis auch ich zu tragen habe. Gerade dieses Gefühl der Verantwortung zwingt mich, wenn auch mit schwerem Herzen, Sie daran zu erinnern, daß in einem der wichtigsten Punkte meine festbegründeten Rechtsüberzeugungen von den Ihrigen abweichen. Ich habe Ihnen das in meinem Schreiben vom 20. Febr. 1859 schon unumwunden ausgesprochen, und beklage es tief, jetzt in einem so kritischen Moment Ihnen gegenüber, statt einer unbedingten Zustimmung und Unterstützung, mit einer theilweise abweichenden Auffassung entgegentreten zu müssen.

Unter uns Beiden ist über die Rechte Schleswig-Holsteins Dänemark gegenüber keine Meinungsverschiedenheit, und also auch nicht darüber, daß König Christian IX. kein Recht hat, den Thron Schleswig-Holsteins zu besteigen. Ich habe selbst gegen seinen Regierungsantritt in den Herzogthümern protestirt, wie Sie aus der angelegten Note entnehmen wollen. Auch in meinen Augen ist in Schleswig-Holstein seine Regierung eine reine Usurpation, die Deutschland nicht dulden darf; und gerade darauf hinzuwirken, bezweckt mein Antrag am Bund, dem von Rechts wegen ein Sequester Seitens des Bundes folgen muß.

Was aber Ihre und Ihres Hauses Rechte betrifft, so muß ich es leider offen und ohne Rückhalt aussprechen, daß gerade dies der Punkt ist, wo meine Auffassungen von den Ihrigen, lieber Vetter, abweichen. Ich für meine Person kann mich darüber um so freier äußern, weil ich selbst, als Mitglied der jüngern Linie des Gottorp'schen Hauses, in dem gegenwärtigen Augenblick ein Recht der Erbfolge, wie Ihnen bekannt ist, noch nicht besitze, sondern nur ein eventuelles Successionsrecht habe, dessen Wirksamkeit nach der Gottorp'schen Erbfolge-Ordnung noch in weiter Ferne liegt. Dahingegen wissen Sie, daß der hochselige Kaiser Nikolaus bei Abschließung des Warschauer Protokolls und des Londoner Traktats von der Rechtsanschauung geleitet worden ist, daß für den jetzt eingetretenen Fall das Recht der Erbfolge in den Herzogthümern dem Erstgebornen der ältern Gottorp'schen Linie zukomme, und diese Rechtsanschauung ist nach meiner festen Ueberzeugung eine wohlbegründete. Kann es daher für mich überhaupt möglich sein, lieber Vetter, diejenigen Ansprüche zu unterstützen, welche Sie gegenwärtig auf die Erbfolge in den Herzogthümern erheben, oder auch nur diesen Ansprüchen zuzustimmen? Ich müßte geradezu dann gegen meine eigene Rechtsüberzeugung und gegen die Pflichten handeln, welche mir als einem Mitglied des Gottorp'schen Hauses, und in besonderer Rücksicht auf meine Familienbeziehungen zum Kaiser von Rußland obliegen.

Diese kurzen Ausführungen werden genügen, um Sie zu überzeugen, daß ich nicht vermag, meinem Bundestags-Gesandten die Instruktion zu geben, daß er den Ihrigen anerkenne. Ich hoffe, daß die vollkommene Aufrichtigkeit, mit welcher ich Ihr Vertrauen erwiedert habe, nicht dahin führen könne, dieses mir schätzbare Vertrauen jemals zu erschüttern.

Mit wahrer Verehrung u. s. w. Oldenburg, den 20. Nov. 1863.

An Se. Durchl. den Herzog Friedrich
von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.

Berlin, 22. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Bei dem letzten Versuch in Kopenhagen, auf welchen die Hoffnungen Englands gerichtet waren, hatte dieses zuerst Rußland vorgeschoben, das damit kein Glück machte. Ob nun England auf eigene Hand in Kopenhagen mehr durchsetzt, muß sich zeigen. Die letzten telegraphischen Kopenhagener Nachrichten sprechen von einer Verständigung zwischen dem König und den Ministern, ohne daß sogleich ersichtlich, ob der halsstarrige Monrad als Preis der vorläufigen Aussöhnung nun doch wenigstens den Waffenstillstand zugegeben hat. Man bestätigt von allen Seiten, daß Preußen, wie vorhergesehen war, den Schiedsrichter-Spruch entweder ganz zurückweist, oder nur unter Bedingungen annimmt, die in London als eine Ablehnung angesehen werden dürften. Wie aus unterrichteten Wiener Korrespondenzen in den Abendblättern zu ersehen, hat England bei dem Antrag wirklich zunächst an den Kaiser der Franzosen gedacht, und schon aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß bei der preußischen Ablehnung jede schroffe Form vermieden sein wird. Man konnte hier entweder auf der vorgängigen Befragung der Bevölkerung bestehen, sich also auf das französische Prinzip berufen, oder abwarten, daß der Kaiser Napoleon, wenn auch nur offiziös, abgelehnt habe, Preußen daher mit dem einfachen Ablehnen nur eine unbekannte Größe verletzte, oder endlich, was Niemand Wunder nehmen durfte, unter allen Umständen sich dagegen verwahren, daß der Schiedsrichter endgiltig entscheiden solle. Letzteres hatte England bekanntlich beantragt und Oesterreich sich gefallen lassen. Selbst Preußens Bedingungen wären indessen nur eine diplomatisch verhüllte Ablehnung zum mindesten des ursprünglichen englischen Antrages vom 18. d. M. Oesterreichs Eingehen auf den Vorschlag Englands, sowie seine sichtbare Ungeduld, daß die Sache zu Ende komme, hat besonders auch darin seinen Grund, daß es England im Adriatischen Meer fürchtet, und für den Fall eines größern Krieges, in welchem Frankreich nicht auf die Dauer passiv bleiben würde, an Italien denkt. Oesterreich hat noch andere Sorgen. Es sieht, trotz der gegenwärtigen Spannung zwischen Rußland und Frankreich, eine spätere russisch-französische Annäherung unter Preußens Betheiligung als nicht unmöglich an. Käme es selbst zu einem Kongreß, so würde schon diese Gruppirung Oesterreich sehr unbequem werden. Die hiesigen Anhänger

des Großherzogs von Oldenburg sollen auf diese Besorgniß des Grafen Rechberg spekuliren, um ihn zu Konzessionen zu bewegen und für die Kandidatur des Großherzogs zu gewinnen. — Von anderer Seite ist bestätigt worden, daß Hr. v. Brunnow am 2. Juni auf der Konferenz selbst den russischen Verzicht angezeigt hat. Dies war in einer schriftlichen, von Hrn. v. Brunnow vorgelesenen Erklärung geschehen, die dem Protokoll beigelegt wurde. Ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander an den Großherzog war vorangegangen. Man hört außerdem, daß gleichzeitig mit jener Erklärung eine Notifikationsdepesche Rußlands nach Wien und Berlin und wohl auch an die andern Mächte gerichtet wurde. Als Hr. v. Brunnow auf der Konferenz am 2. Juni jene Erklärung abgab, sprachen Preußen und Oesterreich dafür ihren Dank aus, weil die Frage dadurch vereinfacht worden sei und es sich nur noch um deutsche Prätendenten handle. Dies ist als sicher anzusehen. Wie die deutschen Großmächte aber, falls sie sich beide für den Großherzog erklären sollten, dies mit ihrer Erklärung vom 28. Mai in Einklang zu bringen gedenken, ist man einigermaßen begierig, zu erfahren. Oesterreich namentlich kann nicht einmal in London und Paris anzeigen lassen, es habe kein Gefallen mehr an dem Herzog Friedrich, weil dieser sich in einer anderthalbstündigen Unterredung allzu spröde und zurückhaltend erwiesen habe."

Berlin, 22. Juni. (Presse.) Oldenburg hat am 15. eine Denkschrift überreicht, in welcher es gegen jede Theilung Schleswigs Verwahrung einlegt.

Berlin, 22. Juni. Zu der Meldung der „Times", daß jedenfalls Preußen den Vorschlag des Schiedsrichterspruchs entschieden zurückgewiesen habe, erklärt die „Neue Allgem. Ztg." (vergl. Tel. im gestr. Bl.): „Wir sind in der Lage, dies bestätigen zu können. Falsch ist dagegen die Nachricht, daß preußischer Seits jemals eine Linie Flensburg-Husum in Vorschlag gebracht sei, wodurch der friesische Volksstamm, welcher ungefähr 29,000 Seelen zählt, für Deutschland bei der Theilung Schleswigs verloren gegangen wäre." — Man berichtet demselben Blatt aus Stockholm vom 18. Juni, daß das schwedisch-norwegische Geschwader sich getrennt hatte. Das schwedische hatte sich nach Karlskrona begeben, das norwegische nach Christiansand, wo es bis zum 25. bleiben sollte. Der Prinz Oskar von Ostgothland war nach Helsingborg gefahren und wollte sich dann zu seiner Familie begeben. — Schwedische Freiwillige haben in der dänischen Armee kein besonderes Glück gemacht; sie sind theilweise schon wieder nach Hause gegangen. — Nach offiziösen preußischen Korrespondenten wird demnächst auch ein russisches Geschwader von 4 bis 5 Schiffen in der Ostsee erscheinen, das Uebungen anstellen und abwechselnd bald einmal an preußischer, bald an dänischer Küste anlegen wird.

Berlin, 23. Juni. Wie die „N. Pr. Ztg." aus London erfährt, hat auch die gestrige (Mittwoch) Konferenz zu keinem Resultat geführt. „Die Dänen — sagt das genannte Blatt — haben den Vorschlag eines zweimonatlichen Waffenstillstandes verworfen; sie haben es abgelehnt, daß die Grenzlinie in Schleswig durch Schiedsspruch geregelt werde; sie haben auch die Theilungslinie verworfen, die von den deutschen Mächten proponirt war. Preußen und Oesterreich hatten den zweimonatlichen Waffenstillstand gefordert; auch hatte Preußen erklärt, daß es die schiedsrichterliche Vermittlung einer befreundeten Macht annehmen würde, aber freilich nicht als unbedingt bindend. Oesterreich hat sich diesem Votum Preußens angeschlossen, wohl in Folge der persönlichen Verständigung, die glücklicher Weise jetzt hierüber zwischen ihren Souveränen und Ministern in Karlsbad stattgefunden. Auch die französische Regierung soll sich gegen einen Schiedsspruch, wie England ihn vorgeschlagen, ausgesprochen haben. Die nächste Sitzung wird am Samstag stattfinden, am 25. Juni, also am letzten Tage vor Ablauf der Waffenruhe. Es ist möglich, daß es doch noch zum Waffenstillstand käme; aber wahrscheinlich ist das durchaus nicht."

Berlin, 23. Juni. (W. T.-B.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." sagt: Aus Schleswig wird berichtet, daß die Truppen wieder nach Norden aufgebrochen sind, um ihre Stellungen einzunehmen. Somit stehen wir wieder am Vorabend eines Krieges, denn auch die Erneuerung des Waffenstillstandes auf die Dauer von zwei Monaten ist abgelehnt, und als äußerste Konzession wird die Schlei-Linie festgehalten.

Geestemünde, 21. Juni. (L. Prov.-Z.) Die österreichische Fregatte „Schwarzenberg" wird am 26. Mittags, sowie der Waffenstillstand abgelaufen, ihre Anker lichten und von Cuxhaven hieher kommen. Sie wird dann etwa einen Tag zur Einnahme des Mastes hier bleiben und gleich nach Vollendung der Reparatur in See zurückkehren. Ferner werden die von Preußen in Amerika angekauften Kriegsschiffe hier erwartet, und wird die zur Bemannung derselben bestimmte preußische Seemannschaft demnächst hier eintreffen.

Danzig, 21. Juni. Wie die „Westpr. Ztg." meldet, ist der zum Postdienst zwischen Stralsund und Stockholm bestimmte, auf der Werft der Maschinenbau-Gesellschaft Vulcan in Bredow bei Stettin erbaute neue eiserne Dampfer „Pommerania" von Seiten des Marineministeriums vom Postfiskus übernommen und wird zum Kriegsfahrzeug umgebaut. Die Armirung wird aus 6 gezogenen 12-Pfündern bestehen.

Wien, 23. Juni. (Frkf. P.-Ztg.) Dänemark hat gestern den Vorschlag eines Schiedsrichter-Spruches verworfen; ebenso die deutschen Verbündeten, die dagegen eine Vermittlung annahmen, bezüglich deren die dänischen Bevollmächtigten sich für nicht instruirt erklärten. — Die „Generalkoresp." bemerkt, daß, falls die nächste Samstagssitzung gleich erfolglos bleibe, Dänemark allein die Verantwortlichkeit für den Wiederausbruch des Krieges treffe.

Karlsbad, 22. Juni. (Wien. Bl.) Der Kaiser ist kurz nach 11 Uhr unter dem Jubel der Bevölkerung und der Kurgäste in dem herrlich geschmückten Kurort angekommen. Se. Majestät wurde an der in der Egerstraße errichteten Triumphpforte von dem Bürgermeister, an der Spitze des Gemeinderaths, beim Absteigequartier (Hotel „zum Goldnen Schild") von dem Erzherzog Karl Ferdinand, den beiden Ministern Rechberg und Mecsery, den hier anwesenden k. k. Generalen und Offizieren, sowie von den Spitzen der Behörden und hochgestellten Kurgästen mit Hochrufen empfangen. Se. Majestät besichtigte die aufgestellte Schützen-Ehrenkompagnie und erhielt sogleich den Besuch Sr. Maj. des Königs von Preußen mit einem militärischen Gefolge und in Begleitung des Ministerpräsidenten v. Bismarck, sowie einen Besuch des hier anwesenden Königs Otto von Griechenland. Der Kaiser erwiederte sofort den Besuch des Königs von Preußen; um 2 Uhr Tafel bei dem König von Preußen.

Karlsbad, 22. Juni. Man schreibt der „Allg. Ztg.": In den hier stattfindenden täglichen längern Besprechungen des Ministers Grafen Rechberg mit dem preußischen Minister v. Bismarck, welche fast die ganze letzte Nacht hindurch währten, ward nur die schleswig-holsteinische und dann die polnische Frage behandelt, die Angelegenheit wegen des Zollvereins und des Verhältnisses Oesterreichs zu demselben aber nicht im mindesten berührt. Beide Staatsmänner sind dem Fache der Handelspolitik gänzlich fremd, und es befinden sich in ihrer Begleitung absichtlich auch gar keine Fachmänner dieser Art, welche sie hierüber irgendwie zu Rath ziehen könnten. Der kommandirende österreichische General in Galizien, Graf Mensdorff, hat gestern mit dem Hrn. v. Bismarck eine längere Unterredung über die Zustände in dieser Provinz gehabt. Sollten wider alles Erwarten, sowohl in Posen, wie auch in Galizien, neue Unruhen ausbrechen, so dürfte ein vereintes österreichisch-preußisches Korps nach einem gemeinsamen Plan dagegen einschreiten, um sogleich jeden bewaffneten Aufstand auf das kräftigste zu unterdrücken. Auch der Zivil- und Militärgouverneur von Ungarn, Graf Palffy, hat mit dem kommandirenden General in Galizien, Grafen Mensdorff, dem kommandirenden General in Böhmen, Grafen Clam Gallas, und dem kommandirenden General in Mähren und Schlesien, Erzherzog Karl Ferdinand, eine längere wichtige Besprechung gehabt, welche sich auf gemeinsam zu ergreifende militärische Maßregeln gegen irgend welche revolutionäre Erhebungen bezieht.

Karlsbad, 23. Juni. (Wien. Bl.) Der Kaiser ist heute früh zum Besuch des Großherzogs von Toscana nach Schlackenwerth gefahren. Gestern Abends Illumination der Stadt und Fackelzug. Es heißt, daß Se. Maj. Karlsbad morgen wieder verlassen werde.

Frankreich.

♁ **Paris,** 23. Juni. Der „Constitutionnel" meldet heute an der Spitze seiner Provinzausgabe: Auf den englischen Vorschlag eines (Napoleon III. zu übertragenden) Schiedsrichterspruchs erklärten die kriegführenden Parteien, daß sie geneigt seien, das Anerbieten der Vermittlung (mediation) und der „guten Dienste" anzunehmen. Unter dieser Form — fügt Hr. Paulin Limayrace bei — mußte die Antwort als eine abschlägige erachtet werden. — Die „Patrie" erfährt aus London, daß die Admiralität den verschiedenen Marinebehörden Weisung ertheilt habe, die Bemannung der Flotte unverzüglich zu vervollständigen. — Dem Vernehmen nach empfing der Herzog von Montpensier heute Morgen die heil. Sterbsakramente. — Die „Patrie" glaubt zu wissen, daß die aus Mexiko eingelaufene Nachricht: daß der französische Vizekonsul zu Matamoras, angeschuldigt des geheimen Einverständnisses mit der französischen Armee, verhaftet, zum Tode verurtheilt und gegen Ende April hingerichtet worden sei — noch der offiziellen Bestätigung bedürfe.

Die französische Bank veröffentlicht heute ihre zweite Wochenbilanz. Der Metallvorrath, am 16. Juni noch 289 Millionen, ist auf 280½ Mill. zurückgegangen, obgleich die Bank 400,000 Pf. Strlg. Gold in England kaufte, wovon 100,000 Pf. bereits eingetroffen sind. Dagegen sind die Wechselbestände von 571 auf 594 Mill. gestiegen. Banknoten-Umlauf unverändert auf 270 Mill.; ebenso die Vorschüsse. — Die Börse war äußerst flau. Rente fiel auf 65.76, Mob. auf 1025. Ohne ⅛ Hausse der Cons. hätte die Reaktion jedenfalls noch weit größere Verhältnisse angenommen.

Niederlande.

Amsterdam, 20. Juni. (Fr. J.) Unser Handelsstand sieht die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England nicht ohne geheime Hoffnungen herannahen, und wird daraus, wenn er wirklich eintritt, den möglichsten Nutzen zu ziehen suchen. Es liegt auf der Hand, daß in diesem Fall die holländischen, die belgischen und französischen Häfen die Aufgabe der deutschen Hafenstädte übernehmen und das Land mit dem Nöthigen versehen werden. Die 60 Millionen, welche jährlich nach England aus den deutschen Bundeslanden zu fließen pflegen, dürften so, theilweise wenigstens, uns zufließen und ein engeres Verhältniß zwischen den Nachbarlanden anbahnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte England Das, was es von Deutschland befürchtet, nun um so rascher für sich selber um so schmerzlicher herbeiführen.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Juni. (Nat.-Ztg.) Die 7 Einwohner der Insel Sylt, welche durch den Kapitän Hammer aus ihrer Heimath fortgeführt worden sind, hat man vorläufig nach Nykjöbing auf der Insel Marsö im Lympfjord geschleppt und dort eingesperrt. In den nächsten Tagen sollen sie hieher transportirt werden, wo man beabsichtigt, ihnen den Prozeß als Landesverräther zu machen, da sie in einer Deputation an den preußischen Ministerpräsidenten v. Bismarck sich für die gänzliche Trennung Schleswigs von Dänemark ausgesprochen haben. Wenn man diese Leute ihrer deutschen Gesinnung wegen auch nicht an Leib und Leben strafen wird, da es den deutschen Mächten leicht fallen würde, in Jütland und selbst in Schleswig Repressalien zu ergreifen, so wird man es doch nicht vermeiden, sie dem Hohn des Kopenhagener Pöbels preiszugeben.

Kopenhagen, 22. Juni. Die heutige „Berling. Ztg." behauptet dagegen, sie könne aus zuverlässiger Quelle die Angabe Gothenburger Blätter dahin berichtigen, daß die Schiffe des schwedisch-norwegischen Geschwaders auch ferner bereit bleiben sollen, innerhalb 24 Stunden nach erhaltenem Befehl auslaufen zu können.

„Nyborg Avis" erklärt die Nachricht des „Korsoer Avis" von einer Anfrage in Betreff der englischen Flotte für falsch.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 19. Juni. (Ostsee-Ztg.) In voriger Woche wurde in dem Dorfe Pruczanka, im Kreise Bielsk in Lithauen, von der meist aus kleinen polnischen Edelleuten bestehenden Bevölkerung ein der russischen Regierung treu ergebener Einwohner in der Nacht überfallen und aufs grausamste ermordet. Seine Wohnung wurde dem Erdboden gleich gemacht. Am folgenden Tage rückte ein Militärkommando in das Dorf, trieb sämmtliche Einwohner, nachdem ihre Betheiligung an der ruchlosen That festgestellt war, auf einen außerhalb des Dorfes gelegenen Platz zusammen, brachte das ihnen gehörige Vieh und andere Sachen in Sicherheit, zündete dann das Dorf an allen Ecken an und ließ es vor den Augen der Eigenthümer in Flammen aufgehen. Hierauf wurden die weinenden und jammernden Einwohner nach der Kreisstadt Bielsk getrieben, wo sie untergebracht wurden, um demnächst nach Sibirien deportirt zu werden. Die ihnen gehörigen Sachen wurden nach einigen Tagen verkauft und die daraus gelöste Summe den nächsten Angehörigen des Ermordeten als Entschädigung gegeben.

Großbritannien.

* **London,** 22. Juni. Die auf heute angesagte Konferenzsitzung wird von allen Blättern als die entscheidende angesehen; denn heute müssen die Antworten der kriegführenden Mächte auf den letzten Vorschlag der Neutralen eingetroffen sein.

Leider — sagt die „Times" — ist wenig Aussicht auf ein günstiges Resultat vorhanden. Die neutralen Mächte — England, Frankreich, Rußland und Schweden — haben das Projekt einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unterstützt. Vorerst fragt sich, ob das Prinzip angenommen ist; die Wahl eines Schiedsrichters wäre dann Gegenstand späterer Erwägung. Es fehlt in Europa nicht an Monarchen, die sich durch ihren Charakter und ihre bekannte Unparteilichkeit für das Amt empfehlen. Der König von Italien oder von Holland würde sich der Aufgabe mit größter Redlichkeit unterziehen. Von den drei Kriegführenden hat, glauben wir, Oesterreich allein Neigung gezeigt, den Vorschlag anzunehmen. Der Wiener Hof ist weit klüger und weit weniger enthusiastisch, als irgend eine andere herrschende Macht in Deutschand. Er weiß, auf wie unsichern Füßen der Kaiserstaat steht. . . Keiner der zwei andern Kriegführenden scheint den Schiedsrichterplan für annehmbar zu halten. Die Preußen glauben mit einer kleinen Dosis Festigkeit alle seit Jahren ersehnten Ziele erreichen zu können. Und ohne von unserm Muth und Unternehmungsgeist eine so geringe Meinung zu haben, wie die Majorität der Preußen zu haben affektirt, glaubt die Berliner Regierung wirklich, daß die dänische Frage für uns nicht so wichtig sei, um uns zu einem Kriege treiben zu können. Auf außeramtlichem Wege hat, wie wir glauben, Preußen den Schiedsgerichtsplan schon abgelehnt, und wofern nicht seitdem andere Meinungen in Berlin zur Geltung gekommen sind, wird die Ablehnung auf der heutigen Konferenz ohne Zweifel formell wiederholt werden. Eben so entschlossen ist Dänemark, seine Rechte in Schleswig aufrecht zu halten und nur der Gewalt zu weichen. Dänemark ist nicht nur gegen den Vorschlag einer schiedsgerichtlichen Entscheidung, sondern es erträgt die Waffenruhe mit Ungeduld. Von einer weitern Verlängerung des Waffenstillstandes ist, glauben wir, keine Rede, und dies hat man größtentheils dem Entschluß des angegriffenen Staates zuzuschreiben. Die Deutschen möchten ihn gern noch einen Monat oder lieber drei Monate länger dauern lassen, denn während des Unterhandelns okkupiren und germanisiren sie.... Wenn sie die Herzogthümer noch drei Monate lang besetzt halten, bis das dänische Element todtgetreten ist [in 3 Monaten ?], bis die ganze Bevölkerung sich zu der Doktrin bekehrt hat, daß ein unabhängiges Herzogthum zu ihrem Glück nothwendig sei, dann dürfte Schleswig für Dänemark verloren sein.... England kann nur dann erwarten, einen Umschlag in den Rathschlüssen Preußens zu bewirken, wenn es ihm die Gefahren veranschaulicht, denen Preußen und Deutschland ausgesetzt sind. Es gibt in der That kein Mitglied des Deutschen Bundes, welches durch eine Politik, die ihn in Konflikt mit England bringt, nicht etwas zu verlieren hätte. Oesterreich, welches am wenigsten verschuldet hat, würde vielleicht am meisten leiden, da eine im Adriatischen Meer kreuzende Flotte seinen mißvergnügten Provinzen nahe rücken oder doch eine Wirkung auf sie üben kann, während sein Nordsee-Geschwader vernichtet oder in einen neutralen Hafen getrieben werden würde. Die Bewegung in Deutschland, die ein Krieg im Gefolge haben würde, könnte zu Aufständen und für die deutsche Einheit führen, selbst wenn diese Einheit sich unter den Schutz des französischen Kaisers stellen müßte (!) Was Preußen betrifft, so würde Frankreich für seine etwaige Freundlichkeit und Neutralität von ihm einen Preis fordern, vor welchem jeder Deutsche in patriotischem Abscheu zurückschrecken müßte. Wir haben keine sonderlich große Hoffnung, daß irgend eine Vorstellung jetzt noch auf die verwegene preußische Regierung von Einfluß sein kann; aber versichern können wir ihr, daß die Erneuerung des Kriegs für Preußen und für die meisten deutschen Staaten eine unglücksschwangere Epoche sein wird.

Der „Star" glaubt und hofft, daß England sich in keinen Krieg wegen der dänischen Angelegenheit stürzen werde, wünscht aber, daß man auch das Poltern und Drohen sein ließe, welches Dänemark nur schaden könne und England lächerlich mache. Besonders ungereimt sei der Vorschlag der „Times", den diplomatischen Verkehr mit den Höfen von Wien und Berlin abzubrechen.

Amerika.

* **New-York,** 11. Juni. (Per „Nova Scotian" und per „Etna".) General Grant hat seinen linken Flügel von Lee's Front zurückgezogen und einen Theil seiner Truppen von Despatch Station aus auf das südliche Ufer des Chickahominy geworfen; es heißt, er beabsichtige, Lee's Verschanzungen an diesem Fluß zu belagern. Ein Gerücht läßt Grant gar auf dem Südufer des James-Flusses operiren; wahrscheinlich ein Mißverständniß. General Hunter's Sieg in

Westvirginien bestätigt sich. Hunter erbeutete 6 Geschütze und eine Menge von Vorräthen; er setzt die Verfolgung der Südstaatlichen über Staunton hinaus fort. Der südstaatliche General Morgan besetzte am 9. Georgetown, Cynthiana, Falmouth und Williamstown in Kentucky, so daß in Ohio, und zumal in Cincinnati große Besorgniß vor einem Angriff herrschte. Mehrere kleine Städte sind von diesen militärisch organisirten Banden Morgan's geplündert, die Bürger vertrieben worden, das Eisenbahn-Depot von Lexington in Kentucky haben sie verbrannt. Ein Theil der Morgan'schen Truppen ist bei Mount Stirling auf's Haupt geschlagen worden. — Der Mississippi ist von beiden Seiten bei Greenville durch südstaatliche Batterien blokirt, welche mehrere Kanonenboote und Transportschiffe zerstört haben. Eine Kanonenboot-Flottille wurde hingesandt, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Depeschen vom 6. zufolge war General Johnston's Hauptquartier in Marietta; den linken Flügel kommandirte Polk, den rechten Hardec, das Centrum Hood. General Sherman stand 5 Meilen östlich von Ackworth. Der Kongreß hat aus der Aushebungsakte die Loskaufungsklausel gestrichen. Präsident Lincoln hat der Baltimore-Konvention angezeigt, daß er ihre Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten annehme und mit dem vorgeschlagenen Amendement zur Konstitution, welches die Abschaffung der Sklaverei bezwecke, einverstanden sei.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 24. Juni. 66. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann; der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy; Ministerialrath Muth; Ministerialrath Poppen.

Nach Eröffnung der Sitzung wird eine Bitte der Gemeinde Wertheim um Genehmigung der mit Württemberg über Eisenbahn-Bauten abgeschlossenen Staatsverträge angezeigt.

Staatsrath Dr. Vogelmann legt den Entwurf des Budgets der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse für 1864 und 1865 vor. Zum Regierungskommissär ist Finanzrath Eisenlohr ernannt.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Buhl erstatteten Berichts über das Budget des Eisenbahnbaues für 1864 und 1865, in Verbindung mit den Nachweisungen über die Verwendungen in den Jahren 1862 und 1863.

Die Nachweisungen werden nach einer kurzen Bemerkung des Präsidenten des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy, über die Ursachen der verspäteten Vorlage des Budgets, wobei derselbe sich sehr anerkennend über den vorliegenden Bericht ausspricht, ohne weitere Diskussion für unbeanstandet erklärt.

Ordentliches Eisenbahnbau-Budget für 1864 und 1865.

Die Forderungen werden sämmtlich nach den Kommissionsanträgen genehmigt. Wir heben davon hervor:

1) Eisenbahn-Brücke über den Rhein bei Mannheim. Kreditrest 300,000 fl., Neuforderung 299,750 fl.

Der Bericht bemerkt hiezu:

„Seit Aufstellung des Budgets sind die in der Begründung erwähnten Anstände über die Ausführung des Baues durch Uebereinkommen gehoben. Stellung, Plan und Ausführungsart der Brücke sind festgesetzt, und es soll in thunlichster Bälde der Bau in Angriff genommen werden. Nach dem Uebereinkommen behält die Brücke die früher festgesetzte Stellung; sie wird nach dem Horizontalträger-System für zwei Bahnspuren, eine Fahrbahn und Fußgängerwege hergestellt; den Pfeiler- und sonstigen Unterbau hat die badische, den eisernen Oberbau die bayrische Bauverwaltung zur Ausführung übernommen; die Kosten werden zusammengeworfen und hälftig getheilt."

Staatsrath Mathy macht bei dieser Gelegenheit die Bemerkung, daß man eine Verlegung des Güter-Bahnhofs in möglichste Nähe des Hafens beabsichtige.

2) Eisenbahn von Singen nach Villingen. Nachdem für die letzte Budgetperiode 2,000,000 fl. zur Verwendung angesetzt waren, aber nur 127,337 fl. 31 kr. wirklich verwendet worden sind, werden für die laufende Periode 1,000,000 fl. einstweilen in Anforderung gebracht. Der Bericht bemerkt: „Da die übrigen zu bauenden größern Bahnstrecken verhältnißmäßig zum Gesammt-Kostenanschlag für diese Budgetperiode reichlicher dotirt sind, so haben wir den im Vorbericht großh. Regierung gemachten Vorbehalt einer weitern Nachforderung wohl vorzugsweise auf diese Bahnstrecke zu beziehen, welche allerdings, nachdem sie beinahe um eine ganze Budgetperiode zurückgestellt worden, darauf Anspruch hat, nunmehr kräftig gefördert zu werden."

3) Bahn von Radolfzell nach Stockach und Meßkirch. Auch von diesem Bahnbau kam außer einigen technischen Vorarbeiten in der letzten Periode nichts zur Ausführung. Ein definitiver Gesammtvoranschlag liegt noch nicht vor; es sind vorerst zur Verwendung in der laufenden Periode 597,035 fl. in das Budget aufgenommen.

4) Eisenbahn von Offenburg bis Hausach einstweilen 1,300,000 fl. Abg. Kimmig befürwortet die Berücksichtigung der Stadt Zell a. H. Diese Stadt befinde sich in einer ähnlichen unvortheilhaften Lage, wie z. B. Lahr, gegenüber der Hauptbahn; sie habe aber bei ihrer bedeutenden Industrie ein großes Interesse daran, daß die Bahn so nahe als möglich an die Stadt hingeführt werde. Redner bittet, indem er auf die verschiedenen bis jetzt erfolgten Eingaben und Anerbietungen der Bürgerschaft von Zell hinweist, um thunlichste Berücksichtigung, namentlich auch bei Herstellung des Bahnhofs.

Staatsrath Mathy: Billige Wünsche werden durch die jetzige Lage des Bahnhofs erfüllt werden; weiter zu gehen erlaubt aber die Rücksicht auf den Bahnbau nicht.

5) Eisenbahn von Gerlachsheim, bzw. Lauda nach Wertheim. Da der Ausbau dieser Bahnstrecke vor der Vollendung der zweiten Sektion der Odenwald-Bahn zwecklos wäre, so sollen vorerst die schwierigeren Arbeiten in Angriff genommen werden, und sind hiefür einstweilen 300,000 fl. in das Budget aufgenommen.

Abg. v. Feder befürwortet die möglichst rasche Ausführung der Tauberthal-Bahn.

Ministerialrath Muth: Es ist die Absicht der großh. Regierung, den Bau der Tauberthal-Bahn so zu betreiben, daß dieselbe gleichzeitig mit der Strecke bis Würzburg in Betrieb gesetzt werden kann.

6) Herstellung einer Haltstelle für Kirchheim und Rohrbach 8200 fl.

7) Der Karlsruher Bahnhof theilt mit so vielen andern das Schicksal, in einer Zeit erbaut worden zu sein, wo man — nur die damaligen Verkehrsverhältnisse in's Auge fassend — von der durch die Bahnen seither hervorgerufenen großartigen Steigerung des Verkehrslebens keine Vorstellung hatte. Die nach den damaligen Bedürfnissen bemessenen Räume sind daher für die jetzigen Verhältnisse viel zu enge. Schon hat der Güterverkehr seine frühere Stelle im Bahnhof räumen müssen, um die Geleise den von den Seitenbahnen eintreffenden Influenzzügen zu überlassen und die nothwendige Verbreiterung der Trottoirs zu ermöglichen. Die Wartsäle und das Restaurationslokal genügen in ihrer ursprünglichen Größe der gestiegenen Lokalfrequenz und dem auf einer Uebergangsstation sich einstellenden Zusammenfluß von Reisenden weitaus nicht mehr. Es soll ihnen nun, von den Billetbureaus an, die ganze Länge des Mittelbaues eingeräumt werden, und zu diesem Behuf der großh. Salon in den anstoßenden Pavillon, das Postamt aber in eine einstweilen zu miethende Lokalität verlegt werden. Die von der Einsteighalle an noch unbedeckten Trottoirs sollen durch eiserne, mit Glas gedeckte Aussteighallen ihre Vollendung erhalten. Für das Eisenbahn-Postbureau, für Verladehallen von Postgegenständen und Eilgütern sind endlich innere Bauveränderungen und die Herstellung eines einstöckigen Anbaues an den westlichen Pavillon beabsichtigt. Für die Ausführung dieser Bauten werden 109,000 fl. bewilligt.

8) Es fehlt auf hiesigem Bahnhof an Räumen, welche zu Wohnungen für Bedienstete eingerichtet werden könnten. Die Zunahme der Frequenz, die Einmündung zweier Seitenbahnen, besonders aber die Einrichtung der Nachtzüge macht die ständige Anwesenheit einer großen Anzahl Bediensteter auf dem Bahnhof im dienstlichen Interesse nothwendig. Daß dieses Bedürfniß schon früher vorhergesehen war, zeigt die vorläufige Fundamentirung und die an den Werkstattbauten vorgesehene Mauerzahnung für den Anbau zweier dem Vorderbau entsprechenden Pavillons. Die Kommission beantragt die Bewilligung der für diese Bauten verlangten 48,000 fl., hätte aber gewünscht, daß der kostspieligere und in der mit Steinkohlenrauch erfüllten Luft auch ungeeignete Backsteinbau vermieden werden könnte.

9) Neubau eines Direktorialgebäudes der Verkehrsanstalten in Karlsruhe. Die Kommission hat sich mit großer Mehrheit für die Nothwendigkeit eines Neubaues erklärt; um jedoch das zu bringende Opfer möglichst zu mindern, empfiehlt die Kommission großh. Regierung, seiner Zeit nur einen Theil des jetzigen Direktorialgebäudes dem dahin zu verlegenden Postamt einzuräumen, den größern Theil aber für einen andern Verwaltungszweig zu verwenden und diese Absicht schon jetzt ins Auge zu fassen. Die Minderheit der Kommission trägt Bedenken, eine so große Summe für einen Neubau zu bewilligen, der nach verhältnißmäßig kurzer Zeit durch Veränderungen in der Organisation der Betriebsverwaltung oder Dezentralisation der Leitung des Verkehrswesens nicht mehr zweckentsprechend wäre. Die Mehrheit glaubt jedoch, daß diese in noch unbestimmter Ferne liegenden Veränderungen dem gegenwärtigen dringenden Bedürfniß nicht im Wege stehen dürften, und beantragt die Bewilligung der auf 221,250 fl. ermäßigten Summe. Sie gibt dabei der Erwägung der großh. Regierung anheim, ob nicht die für den Bau bezeichnete Stelle (zwischen Bahnhof und Ettlinger Straße) eine ungeeignete, und deßhalb ein anderer Platz zu wählen sei.

Staatsrath Mathy erklärt, die großh. Regierung verkenne nicht das Gewicht der von der Kommission gegen die projektirte Baustelle geltend gemachten Gründe und werde diese Frage nochmals in ernste Erwägung ziehen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

10) Herstellung einer direkten Verbindungskurve zwischen dem Mannheimer, bezw. Main-Neckarbahn-Geleise in Heidelberg und den nach Karlsruhe führenden Spuren zur Vermeidung der Heidelberger Kopfstation 45,653 fl.

11) Gaseinrichtung in verschiedenen Bahnhöfen.

Für die Station Mühlacker werden, da die Einrichtung ein Anschluß an die von der königl. württembergischen Verwaltung beabsichtigte ist, die geforderten 6000 fl. beantragt und bewilligt.

Die Forderungen dagegen für die Bahnhöfe in Oos von 9500 fl., in Appenweier 11,000 fl., in Waldshut 22,000 fl. beantragt die Kommission vorerst nicht zu genehmigen.

Abg. Rutschmann beantragt die Bewilligung für Waldshut, Abg. Bär für Oos, Abg. Roßhirt für Appenweier. Die Abgg. Moll, Paravicini und Friderich befürworten den Kommissionsantrag. Die Abgg. Lenz, Achenbach, Schaaff, v. Roggenbach, und für Oos auch Kirsner unterstützen die Budgetforderungen, welche schließlich auch sämmtlich genehmigt werden.

12) Die Rückzahlung des Zuschusses der Freien Stadt Frankfurt zu den Baukosten der Main-Neckar-Bahn auf badischem Gebiet wird mit 1,650,000 fl. genehmigt.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 24. Juni. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 25. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Häusser zu dem Gesetzentwurf über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen.

Baden.

♃ Baden, 24. Juni. Die Saison hat bisher ihren gewöhnlichen Verlauf genommen. Die Frequenz war weder stärker noch schwächer, als in den zuletzt vergangenen Jahren, und mit der vom Jahr 1862 steht sie so ziemlich auf gleicher Stufe. Gestern gab die Fremdenliste die Gesammtzahl auf 10,391 an; im vorigen Sommer betrug sie an demselben Tage 10,235 Personen. Im Beginn dieser Woche sahen wir hier Se. Kön. Hoheit den Großherzog von Sachsen-Weimar, welcher auf seiner Reise nach Kissingen J. M. der Königin Augusta von Preußen einen Besuch abstattete. Der Aufenthalt der Letztern naht sich seinem Ende; Höchstdieselbe wird uns demnächst verlassen, um später einen zweiten Kuraufenthalt hier zu nehmen, der sich bis in den Herbst verlängern soll. Die musikalischen Genüsse für die fremden Gäste sind in dieser frühen Jahreszeit noch etwas beschränkt. Außer unserem trefflichen Kurorchester unter Könnemann's wackerer Leitung hört man noch je einmal in der Woche die Produktionen der preußischen Militärmusik und die der badischen Füsiliere von Rastatt und die des Leibregiments von Karlsruhe, welcher der Sonntag Nachmittag zugewiesen ist. Im Lauf der nächsten Woche wird die Reihe der Konzerte durch Frau Viardot eröffnet werden, welche im Verein mit ihrer Schülerin, der Spanierin Dementi, nebst deren Gatten, dem Violonisten Leonard, die erste musikalische Abendunterhaltung geben wird. Dann folgt am 12. Juli ein Konzert der Mannheimer Hofkapelle unter Lachner, und am 15. werden die französischen Theatervorstellungen ihren Anfang nehmen. Im ersten Cyclus derselben werden uns der Reihe nach vorgeführt werden: Le deserteur, Musik von Monsigny; De par le roi, von Gustav Hequet, Richard Löwenherz; Les papillot de Mr. Benoit, von Reber; Le noces et Jeanette, von Massé; Les Sabots de la Marquise, von Ernst Boulanger; Le Fleur de Lotus, von Prospre Pascal; Maitre Wolfram, von Reyer; Zampa, Volage et jaloux von Rosenhain (die beigesetzten Namen sind jeweils die der Komponisten). Die französischen Opernvorstellungen werden anfänglich 2 mal, später 3 mal in der Woche Statt haben.

≌ Freiburg, 23. Juni. (Schwurgericht.) Gestern kam unter Vorsitz des Hrn. Hofgerichts-Raths Eimer zum ersten Mal seit Bestehen der Schwurgerichte vor den Geschwornen des Oberrheinkreises eine Wechselfälschung zur Aburtheilung, nämlich die Anklage gegen Wolf Roos von Schriesheim und Mayer Kahn von Nagelsberg (Königreich Württemberg), welche Nachts halb 11 Uhr mit der Verurtheilung des Letztern wegen Fälschung zweier gezogenen Wechsel von Handelsleuten in eine Zuchthausstrafe von 1¼ Jahr und eine Geldstrafe von 200 fl., und des Erstern wegen Gebrauchs dieser Wechsel im Einverständniß mit dem Urheber in eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren und eine Geldstrafe von 300 fl., im Wesentlichen ihre Anträge durchsetzte. Kahn hatte ein auch den Wolf Roos belastendes Geständniß abgelegt, während der Letztere seine Theilnahme an der Fälschung beharrlich läugnete. Die Staatsbehörde war durch Hrn. Hofgerichts-Rath v. Hillern vertreten; die Vertheidigung führte für Roos Advokat Näf, für Kahn Advokat Thiery.

Vermischte Nachrichten.

— Karlsruhe, 23. Juni. (Bad. Lbztg.) Gestern wurde die Ehefrau eines hiesigen Fabrikarbeiters von Bierlingen (Knäbchen) entbunden. Das erste kam todt zur Welt, die übrigen drei lebten etwa eine Stunde. Die Wöchnerin befindet sich den Umständen angemessen.

— Aus München, 21. Juni, schreibt man dem „Schwäb. Merk.": „Der Tenorist Stolzenberg hat hier 5 Mal gastirt und reichen Beifall geerntet. Man hofft ihn hier zu erhalten."

— Gegen Hundswuth wird im „Nürnb. Anz." durch Dr. Moser aus München die Spiraea almaria empfohlen, die in Rußland mit sicherm Erfolg gebraucht werde.

— Man schreibt der „Nordd. Allg. Ztg." aus Kissingen: „Der Kaiser von Rußland führt stets einen eigenthümlichen Begleiter mit sich. Auf allen seinen Wegen, sowohl zu Fuß als zu Wagen, begleitet ihn ein mächtiger, schwarzer, finnländischer Hund. Dieses Thier hat eine wahrhaft bewunderungswürdige Anhänglichkeit an den Kaiser und entfernt sich selten nur einige Schritte von demselben. Auch der Kaiser scheint sich so sehr an den Hund gewöhnt zu haben, daß er eine förmliche Unruhe zeigt, wenn der Hund ihm fehlt, und nicht selten hört man den Kaiser mit mächtiger Stimme den Namen des Hundes: „Tyras", rufen. Besonders freundlich spielt der Hund, obwohl er die Größe eines jungen Löwen hat, mit den kleinen Prinzen, welche nicht selten in die Gefahr gerathen, von ihm umgeworfen zu werden. Jedenfalls ist dieser Hund ein vortrefflicher Wächter für die persönliche Sicherheit des Kaisers. Außerdem hat der Kaiser noch zu seiner persönlichen Bedienung eine Anzahl Kosaken von herkulischer Gestalt bei sich, von denen ihn Einzelne in ihrer malerischen Uniform (roth mit goldener Stickerei) begleiten."

— Kassel, 20. Juni. Längst schon waren die Wünsche kompetenter militärischer Beurtheiler auf die Einführung des Zündnadel- an Stelle des Miniégewehrs bei uns gerichtet. Die zu diesem Behuf mit Preußen angeknüpften Unterhandlungen zerschlugen sich jedoch, namentlich deßhalb, weil Preußen, um das wichtige Geheimniß zu bewahren, sich die Lieferung der fertigen Munition vorbehielt, Hessen dagegen sich nicht in so völlige Abhängigkeit von Preußen begeben mochte. Nachdem man sich aber zwei Zündnadel-Gewehre zum Experimentiren verschafft hatte, ist es unserer strebsamen Artillerie durch fortgesetzte Experimente gelungen, den sogenannten Zündspiegel in befriedigendster Weise herzustellen. Man schloß nun, nachdem der Kurfürst sich für Einführung des Zündnadel-Gewehrs entschieden, einen Lieferungsvertrag mit einer Gewehrfabrik zu Herzberg am Harz ab, welche unser ganzes Kontingent mit der verbesserten Feuerwaffe versehen wird. Das hessische Zündnadel-Gewehr, dem unsere Techniker sogar manche Vorzüge vor der preußischen Waffe nachrühmen, besteht aus dunkelfarbigem Gußstahl, hat ein braunes Bayonnet, keinerlei in die Ferne leuchtende Messingbeschläge, überhaupt außer dem Schloß nichts Blankes, wiegt nicht volle 10 Pfund. Das Gewehr der Füsiliere ist 2½ Zoll kürzer, also noch leichter, und mit Haubayonnet versehen.

— In Wien kommt jetzt ein merkwürdiger Gebrauch zum Vorschein. Es werden nämlich auf den Grabsteinen die Bildnisse der Verstorbenen in Photographien unter Glasrahmen angebracht.

— Innsbruck, 19. Juni. (Allg. Ztg.) Zu den bereits in einem ersten Heft gesammelten Rechtsgutachten deutscher Juristenfakultäten über die schleswig-holsteinische Erbfolge-Frage kommt nun auch das der Innsbrucker Fakultät. Dieselbe beschloß in ihrer Sitzung vom 16. d. M., ihre Zustimmung zu den Ergebnissen der Untersuchungen Warnstedt's in vier (noch näher zu formulirenden) Sätzen auszusprechen. Das Referat führten die Professoren Ficker und Geyer. Der Beschluß gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß keine Stimme der Fakultät (selst der klerikale Abgeordnete Kerer nicht) dagegen war, und daß Professor v. Moy durch die Gründlichkeit und Schärfe der Warnstedt'schen Schrift sich veranlaßt sah, seine frühere Anschauung zu verlassen und sich rückhaltlos für die Rechte der Herzogthümer und die legitime Erbfolge des Herzogs von Augustenburg auszusprechen.

— Bern, 20. Juni. Laut Telegramm aus Mailand sind die Schweizer Schützen bei der gestrigen Eröffnung des italienischen Nationalschießens 300 Mann stark aufgezogen. Der Empfang geschah durch den Syndikus von Mailand. Der Waadtländer Ribaux antwortete.

— Für das eidgenössische Sängerfest, welches nächsten Juli in Bern gefeiert werden wird, sollen sich bereits etwa 3000 Sänger angemeldet haben. Zum Ergötzen der fremden und einheimischen Sänger soll am Schluß des Festes auch ein „Schwinget" abgehalten werden, an dem die berühmtesten Schwinger aus der ganzen Schweiz Theil nehmen sollen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,39'''	+12,5	S.W.	rein	heiter, mild
Mittags 2 „	27" 11,36'''	+20,0	„	schw. bew.	„ warm
Nachts 9 „	„ 11,93'''	+15,0	„	„ „	sternhll., Ncht. Rg.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.677. Pforzheim.

Prüfungsanzeige.

Donnerstag den 30. Juni l. J., von Morgens 8 Uhr an, findet in der großh. Taubstummenanstalt dahier die Prüfung der Zöglinge statt; wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Pforzheim, den 23. Juni 1864.

Der Vorstand der Anstalt:
Bach.

Bad Sulzbach im Renchthale.

I. Kur- und Fremdenliste.
Vom 1. bis 20. Juni.

Mad. Laquiante, Hr. Lindner, Mad. Hubert mit Familie, Mad. Valentin, Frl. Duquet von Straßburg. Mad. Gromer, Mad. Boll von Rastatt. Hr. Schappacher von Oberkirch. Hr. Burger, Hr. Stempel mit Gemahlin von Straßburg. Hr. Fischer von Bietigheim. Hr. Abath von Durmersheim. Hr. Schweighauser mit Gemahlin, Hr. Lauf mit Gemahlin, Hr. Reinert mit Gemahlin, Hr. Eckart mit Familie von Straßburg. Frl. Gros von Rheinbischofsheim. Hr. Walz von Erlach. Hr. Dekan Weingärtner, Hr. Gießler von Oberkirch. Hr. Dekan Haas von Nußbach. Mad. Bittner von Altenheim. Mad. Maier von Wolfach. Hr. Baßler von Fessenbach. Fr. von Kolb und Sohn von Karlsruhe. Mad. Hurel, Frl. Holstein, Hr. Schäntzlen von Straßburg. Fr. Doktor Kettner von Oberkirch. Hr. Baur mit Gemahlin, Hr. Nicollet mit Familie von Straßburg. Frau Geh. Räthin Betz von Karlsruhe. Hr. Betz mit Gemahlin von Oberkirch. Hr. Grosholz mit Gemahlin, Mad. Maier, Hr. Banquier Jörger mit Gemahlin, Fr. Doktor Müller und Sohn von Baden. Mad. Fischer von Schuttern. Fr. König, Fr. Kusterer von Urloffen. Mad. Dekert von Rastatt. Mad. Raupp von Karlsruhe. Hr. Notar Brakenheimer von Achern. Hr. Bathiany mit Familie, Fr. Doktor Barth von Offenburg. Hr. Mathern von Zimmern. Hr. Grüder und Gemahlin von Berlin.

Bad Sulzbach, den 21. Juni 1864. Z.k.658.

Börsig, Badeigenthümer.

Bad Rippoldsau.

2. Kurliste vom 11. bis 21. Juni 1864.

Ihre Großherzoglichen Hoheiten die Frau Markgräfin Wilhelm und Prinzessin Elisabeth, Tochter, von Baden, nebst Fräulein Jacobi und Gefolge, 9 Personen. Hr. Sandstage, Geometer von Berlin. Frau Posthalter Roth von Ernstthal. Hr. Luschka, Fabrik. von Konstanz. Hr. Emil Wick von Basel. Hr. S. Kuhn, Kfm. von Karlsruhe. Frau Breiter-Brüderlin mit Frl. Tochter von Basel. Hr. Brüderlin-Christmann mit Frau von Basel. Hr. Karl Metzel, Forstinspektor von Donaueschingen. Hr. Finsler mit Sohn von Zürich. Hr. Adolf Kapferer und Fräul. Kapferer und Fräul. Gutekunst von Freiburg. Frau Schmöle aus Iserlohn. Hr. Ludw. Wolfert, Kaufm. mit Frau von Hemer. Hr. A. Neutinger mit Töchtern und Hr. G. Neutinger von Straßburg. Hr. J. Holl mit Frkul. Tochter, Rent. von Straßburg. Hr. J. Schelble, Privatmann von Baden. Hr. Waldhauser von Stuttgart. Hr. Th. von Loden von Stuttgart. Frau Model und Fräul. Tochter von Karlsruhe. Hr. Morstadt, Postmeister von Offenburg. Hr. Prestinari, Domänendirektor von Donaueschingen. Hr. Kittler, Wirth von Müllheim. Hr. Hatz, Posthalter von Rastatt. Hr. Ed. de Langenhagen mit Gemahlin und Bedienung von Sarre-union. Frau Geßner-Kunz und Frau Vogel-Hotz von Zürich. Frau Schwarz von Mühlhausen. Frau Schmid, Frau Lorenz und Frau Rentert von Baden. Hr. H. Kohn und Tochter, Frau Joh. Kohn von Augsburg. Hr. J. Wunderly, Kfm. von Zürich. Hr. Jul. Haug, Fabrik. von Ettlingen. Hr. W. Deimling von Karlsruhe. Hr. van Noten mit Familie von Amsterdam, 4 Pers. Frau Mall und Frau Rapp mit Sohn von Karlsruhe. Fräul. B. u. Frl. L. Schweizer von Zürich. Hr. Moritz Meyer mit Frau Gemahlin und Sohn, Banquier von Hannover. Frau Katzenstein mit Bedienung von Frankfurt a. M. Hr. Herrm. Levi von Karlsruhe. Hr. W. Breiter, Kfm. von Basel. Hr. E. Zäslin-Sulzberger, Kfm. von Basel. Hr. Th. Ronus von Speyr, Kfm. von Basel. Hr. L. Landerer, Kfm. von Basel. Hr. G. Pilger mit Frau, Sohn von Heilbronn. Hr. L. Falkenburg mit Frau von Hannover. Hr. Baron Berg mit Töchtern von Oldenburg. Hr. Fr. Kaufmann, Kfm. von Ludwigshafen a. Rh. Hr. Brendel, k. b. Hauptzollamts-Verwalter von da. Hr. u. Frau S. Derra de Moroda, Rent. von Ungarn. Hr. Cerf mit Familie von Nancy. Hr. Heinr. Kapferer, Kfm. von Freiburg. Fräul. Wisoff von Holland. Hr. von Stengel, Cadet von Karlsruhe. Hr. Dr. Nagel von Frankfurt a. M. Fräul. Hoyer von Zürich. Hr. Ed. Hirzel von Zürich. Hr. Karl Fried. Schubert mit Sohn von Offenburg. Fräul. Sophie und Fräul. Emma Heß von Oehringen. Hr. Ant. Seiter von Kappelwindeck.

Rippoldsau, den 21. Juni 1864.

Fritz Göringer,
Z.k.674. Badeigenthümer.

Z.k.686. Rastatt.

Uhrmachergehilfe.

Es wird ein tüchtiger und solider Uhrmachergehilfe für ein deutsches Haus in Spanien gesucht, gegen ein monatliches Salair von 60 Francs neben freier Kost, Logis und Wäsche — bei erlangter Kenntniß der span. Sprache aber 90 Francs Salair.

Das Reisegeld wird, wenn es verlangt wird, vorgeschossen. Lusttragende wollen sich melden bei

Uhrmacher **Lachmann**
in **Rastatt.**

Reisendergesuch.

Z.k.543. Es wird ein tüchtiger Reisender für ein En-gros-Geschäft unter annehmbaren Bedingungen (gutes Salaire, fire Reisespesen und eigenes Gefährt) zu engagiren gesucht.

Franko Offerten, unter Beischluß von Zeugnissen, befördert die Expedition dieses Blattes, und wird bemerkt, daß nur auf solche Bewerber Rücksicht genommen wird, die das 21. Lebensjahr rückgelegt haben, und in der Lage sind, entweder Kaution oder Bürgschaft zu leisten.

Z.k.305. **Apotheken**

in Bayern und der Pfalz sind zu verkaufen durch die Red. d. Neuen Jahrbuchs für Pharmacie — Dr. F. Vorwerk in Speyer. — Geringste Anzahlung 10 mille.

Der Kunstverein für das Großherzogthum Baden in Karlsruhe

wiederholt hiemit die Bekanntmachung, daß, mit der fortwährenden Kunstausstellung verbunden, die des Rheinischen Kunstvereins im Orangeriebau des großh. botanischen Gartens mit dem 16. d. M. für die Vereinsmitglieder und Fremden von Morgens 8 Uhr bis Abends 6 Uhr eröffnet ist. Erstere haben freien Eintritt, Letztere aber, insofern sie nicht auch Mitglieder sind, das übliche Eintrittsgeld zu bezahlen.

Den Nichtmitgliedern des Vereins ist der Zutritt an den Werktagen von Vormittags 10 Uhr bis Abends 6 Uhr und am Sonntag von Nachmittags 1 Uhr bis Abends 6 Uhr gegen ein Eintrittsgeld gestattet, welches am Mittwoch und am Sonntag Nachmittags 6 Kreuzer, an den übrigen Tagen aber 12 Kreuzer beträgt.

Die Ausstellung erhält täglich neue Gemälde und ist auch mit einer von Professor Steinhäusser in Marmor ausgeführten heiligen Jungfrau mit dem Jesuskinde geschmückt worden.

Mittwoch den 6. Juli, Abends 6 Uhr, findet der Schluß der Rheinischen Kunstausstellung statt, wogegen die Fortwährende vom 10. Juli an wieder im Porphyrsäulensaal des großh. Botanischen Gartens ihren Fortgang haben wird.

Karlsruhe, den 24. Juni 1864. Z.k.678.

Der Vorstand.

Mechaniker- und Dreher-Gesuch.

Z.k.206. Frankfurt a. M. Tüchtige Mechaniker, besonders Kleinmechaniker, sowie Dreher werden in einer Fabrik Frankfurts gegen guten Lohn dauernd zu beschäftigen gesucht. Man adressire Zeil 26 im Laden.

Z.k.477. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.574. Düsseldorf.

Nervo-arterial Kraft-Essenz.

Diese Essenz beseitigt Impotenz, Pollutionen, reine Schwächezustände, und zwar bei geordnetem Leben auf **dauernde** Weise. Sie ersetzt den verlornen Nervenäther und den verschwendeten Lebensbalsam, und gibt Nerven, Muskeln und Sehnen neue Spannkraft. Nicht zu verwechseln mit Essenzen ähnlichen Namens, die nichts helfen. Diese Essenz ist seit einer Reihe von Jahren erprobt und bewährt befunden worden durch vielfache Erfahrung als ein wahres Geschenk des Himmels. Preis pro Sendung nebst Gebrauchs-Anweisung: 12 Thlr. Frankiren. Keine Depots. Prof. **J. Momma,** Naturforscher in Düsseldorf.

Z.k.680. Baden-Baden.

Wagen- und Fahrniß-Versteigerung.

Wegen Wegzugs des Herrn Grafen von Lamsdorff von hier werden am

Dienstag den 19. Juli,
Nachmittags 2 Uhr anfangend,

im Hause Langestraße Nr. 48 gegen baare Zahlung nach erfolgtem Zuschlag versteigert:

Ein elegantes 2sitziges Coupé (Offenbach), eine elegante 4sitzige Calesche (London), ein Kinderwägelchen, ein Schaukelpferd, ein Couvert de Table mit Pariser Bronze garnirt, als: 2 große reiche Armleuchter, 7 Kristallaufsätze zu Konfekt und Früchten, eine Lampe von rosa Porzellan mit Bronze eingefaßt, 11 Kristallkaraffen, 76 Kelch- und 14 Champagnergläser, Porzellan, 2 Chaisenlaternen, Theekessel, 16 kupferne Kasserolen, 19 kupferne Bratpfannen, 50 verschiedene Formen zu Backwerk u. d. gl., Alles im besten Zustand.

Die Wägen können täglich bis zum Versteigerungstag im Hause Langestraße Nr. 48 eingesehen werden.

Baden, den 23. Juni 1864.

A. A.:
Karl Dürr, senior.

Z.k.689. Nr. 122. Bruchsal.

Versteigerung von Fohlen.

Am nächsten Donnerstag den 30. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr, werden vor den hiesigen Dragonerstallungen im Bauhof

2 Stück Fohlen, 8—10 Wochen alt,

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bruchsal, den 23. Juni 1864.

Verrechnung des großh. (I.) Leib-Dragonerregiments.
Kamm.

Z.k.440. Konstanz.

Gasthofs-Verkauf.

Der dem Spital Konstanz eigenthümlich zugehörige, noch bis 11. November 1864 verpachtete

Gasthof zur Krone

dahier wird im Wege öffentlicher Versteigerung dem Verkaufe ausgesetzt.

Derselbe enthält: Garten-Salon, Wirthschaftszimmer, Küche, Speisekammer, Keller, Speisesaal, 15 Fremdenzimmer, 5 Bühnenkammern; Hofraum mit Waschhaus; Hintergebäude mit Stallung, Remisen, Eiskeller und Speicher; sodann 20 Ruthen Garten gegen die Straße.

Der Gasthof liegt zunächst am Hafen und Bahnhof, bietet freien Ausblick auf den See, das benachbarte Thurgau, sowie auf die Schweizer und Tyroler Alpen.

Diese günstige und angenehme Lage, das seit Eröffnung der Eisenbahn fühlbare Aufblühen der hiesigen Stadt, und die in Aussicht stehenden weiteren Eisenbahnverbindungen sind ganz dazu geeignet, den Besitzer dieses Gasthofes zu der Hoffnung eines vortheilhaften Geschäftsbetriebes zu berechtigen.

Zur Versteigerung ist Tagfahrt auf

Dienstag den 5. Juli,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt, wozu die Kaufliebhaber auf das Dienstzimmer der unterzeichneten Verwaltung mit dem Anfügen eingeladen werden, daß die Bedingungen 14 Tage vor der Versteigerung dahier eingesehen werden können, fremde Steigerer sich über den Besitz hinlänglichen Vermögens durch legäle Zeugnisse vor der Verhandlung auszuweisen haben, und jeder Steigerer einen annehmbaren inländischen Bürgen und Selbstschuldner zu stellen hat.

Konstanz, am 8. Juni 1864.

Spitalverwaltung.
Gasser.

Z.k.675. Durlach.

Schafweide-Verpachtung.

Die Stadtgemeinde Durlach läßt

Donnerstag den 14. Juli d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Rathhause ihre Winterschäferei, welche mit ca. 800 Stück Schafen geübt werden darf und ein Terrain von 3000 Morgen umfaßt, auf 3 Jahre im Wege öffentlicher Steigerung verpachten; wozu eingeladen wird.

Durlach, den 22. Juni 1864.

Gemeinderath.
Knaus.
Siegrist.

Z.k.687. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Höherem Auftrage zufolge soll die Lieferung von **850 eichenen Markirpfählen** von $2^1/_2$' Länge und $3^1/_2/3^1/_2$ Zoll Stärke im Soumissionsweg vergeben werden.

Schriftliche Uebernahms-Anerbieten werden bis

Montag den 4. Juli d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

von unterzeichneter Stelle entgegengenommen, woselbst die Lieferungsbedingungen und ein Musterpfahl eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 24. Juni 1864.

Verwaltung
der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

Der Vorstand. Obser. — Der Verwaltungsbeamte. Adam.

Z.k.672. Nr. 948. Mosbach.

Main-Neckar-Eisenbahn. Bahnhof Weinheim.

In Folge höherer Ermächtigung sollen folgende Bauarbeiten zur Herstellung eines Bahnwarthauses auf dem Bahnhof zu Weinheim auf schriftliche Angebote vergeben werden:

1)	Maurerarbeit,	veranschlagt zu	1289 fl. 40 kr.
2)	Steinhauerarbeit,	" "	121 fl. 49 kr.
3)	Zimmerarbeit,	" "	1067 fl. 1 kr.
4)	Schreinerarbeit,	" "	249 fl. 5 kr.
5)	Glaserarbeit,	" "	70 fl. 7 kr.
6)	Schlosserarbeit,	" "	193 fl. 13 kr.
7)	Blechnerarbeit,	" "	60 fl. 28 kr.
8)	Pflästererarbeit,	" "	2 fl. 20 kr.
9)	Anstreicherarbeit,	" "	140 fl. 12 kr.
			3193 fl. 55 kr.

Pläne, Voranschlag und Bedingungen liegen bei der Eisenbahn-Expedition Weinheim zur Einsicht auf.

Die Angebote sind entweder nach Prozenten oder in runder Summe für das Ganze oder für einzelne Arbeiten längstens bis zum

Mittwoch den 6. Juli l. J.,
Abends 6 Uhr,

kostenfrei ebendaselbst oder dahier einzureichen.

Mosbach, den 22. Juni 1864.

Großh. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion.
Helbling.

Z.k.690. Rastatt.

Brückenbau betreffend.

Die Stadtgemeinde Rastatt beabsichtigt, an der Stelle der zerstörten sogenannten Rohrersteeg eine neue Brücke herstellen zu lassen.

Die Herstellung der zu diesem Zwecke nothwendigen zwei steinernen Pfeiler, im Kostenüberschlag von 5900 fl., soll im Soumissionswege vergeben werden.

Die Angebote sind in Prozenten des Voranschlags aufzustellen und längstens bis

Dienstag den 5. Juli d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

schriftlich und versiegelt, mit der Aufschrift „Brückenbau" anher einzureichen.

Um 11 Uhr werden die einzelnen Angebote geöffnet und Nachgebote nicht berücksichtigt.

Der Kostenvoranschlag mit Bedingungen und Plan liegt auf der Rathskanzlei zur Einsicht auf.

Rastatt, den 24. Juni 1864.

Der Gemeinderath.
Sallinger.
vdt. Leiner.

Z.i.363. Nr. 4689. Baden. (Diebstahl und Fahndung.) Aus einem hiesigen Privathause wurden am 31. v. M. 2 Frauenkleider entwendet, von welchen das eine beigebracht ist. Das andere fehlende ist von schwarzem Seidenstoff, s. g. Moiré, mit glattem Leib und offenen Aermeln, an diesen und dem untern Rande des Rockes mit schwarzen Seidenbändern eingefaßt.

Des Diebstahls dringend verdächtig ist eine Weibsperson aus Frankreich, vermuthlich aus Straßburg, etwa 50 Jahre alt, klein von Gestalt, mit rundem, rothem Gesicht, schwarzen Haaren, gebogener Nase, rundem Kinn, zahnlos; sie trug ein schwarzes Orleanskleid, schwarzseidenen Umwurf und sprach nur französisch.

Wir bitten, auf das entwendete Kleid und die genannte Person zu fahnden, und Letztere im Betretungsfalle gefänglich anher abzuliefern.

Baden, den 19. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schultz.

Z.i.367. Nr. 5466. Schwetzingen. (Diebstahl und Fahndung.) In der Zeit vom 11. bis 13. Juni d. J. wurden dem Bäcker Johann Schwesinger von Altlußheim entwendet: 1) Eine Sense sammt Wurf; 2) ein Wetzstein; 3) zwei Säcke mit Malzkeimen gefüllt, der eine mit „Bierbrauerei zum Weißen Bären von W. Abel in Speyer" gezeichnet.

Wir bitten, auf diese Gegenstände und den Thäter zu fahnden.

Schwetzingen, den 20. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.
vdt. Willi.

Z.i.346. Nr. 5095. Bretten. (Erbvorladung.) Elisabethe Seitz von Gochsheim, ledig, 39 Jahre alt, ist zur Erbschaft an dem Vermögen ihrer für verschollen erklärten Schwester Margarethe Seitz von dort berufen.

Da ihr Aufenthaltsort diesseits unbekannt ist, so wird dieselbe oder ihre Rechtsnachfolger aufgefordert,

binnen 3 Monaten,

von heute an, zur Erbtheilung dahier zu erscheinen, widrigenfalls die Erbschaft Denjenigen zugetheilt werden müßte, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bretten, den 20. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Bertsch.

Z.i.352. Nr. 12,891. Heidelberg. (Bekanntmachung.) An die Stelle des Fabrikanten Valentin Hefft dahier wurde Privatier Heinrich Kunz von da als Vormund für die wegen Geistesschwäche entmündigte Ehefrau des verstorbenen Bierbrauers Karl Theodor Stulz, Magdalena, geb. Göhringer, bestellt.

Heidelberg, den 21. Juni 1864.

Großh. bad. Oberamt.
Frey.

Makulatur,

groß Median, ist in größeren Quantitäten zu verkaufen. Näheres bei der Expedition der Karlsr. Ztg.

Frankfurt, 23. Juni 1864. Staatspapiere.

			Per compt.				Per compt.
Oesterr.	5%	Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½%	Obligation.	93½ P.
"	5%	do. in holl. St.	— —	Nassau	5%	Oblig. b. Rth.	102 G.
"	5%	do. 1852 i. Lst.	80⅜ P.	"	4½%	do.	102¼ P.
"	5%	do. 1859 " "	78½ bez.	"	4%	do.	99 P.
"	5%	Lomb. i. S. b. R.	— —	"	3½%	do.	92 P.
"	5%	Benet. C. b. R. 6/7	83¾ G.	Krhess.	4%	Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
"	5%	Nat.-Anl. 1854	67⅝ bez.	Brschw	3½%	O. b. R. à 105	92½ P.
"	5%	Met.-Obligat.	— —	Lxbrg.	4%	D. Fr. à 28 kr. b. E.	90½ P.
"	5%	do. 1852 C. b. R.	60½ bez.	"	4%	do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
"	4½%	Met.-Oblig.	54½ P.	Frankf.	3½%	Obligation.	95½ G.
Preuß.	5%	Oblig. b. Rth.	106¼ G.	"	3%	do.	90½ G.
"	4½%	do.	100⅝ G.	Rußld.	5%	Obl. in L. à fl. 12	86 P.
"	4%	do.	95¾ P.	Finnl.	4½%	O. i. R. à 105	87½ G.
"	3½%	Staatssch.	90 G.	Span.	3%	inl. Schuld	— —
Bayern	4½%	1jährig	101¾ G.	"	2½%	Schuld	45⅜ G.
"	4½%	½jährig	102 G.	Belgien	4½%	O. i. Fr. à 28 kr.	99¾ G.
"	4%	1jährig	100 P.	Italien	5%	Rente Fr. à 28 fr.	68¾ P.
"	4%	½jährig	100 P.	Schwd.	4½%	Obligation.	94⅜ P.
"	4%	Ablös.-Rente	99⅞ P.	"	4½%	Pfbf. b. B. & E.	94⅜ P.
"	3½%		— —	Schwz.	4½%	E. O. i. Fr. à 28	100⅛ P.
Wrtbg.	4½%	Obl. b. Rth.	105⅛ G.	"	4½%	Bern. St.-O.	101¾ P.
"	4%	do.	103 G.	"	4%	do.	93¾ P.
"	3½%	do.	95½ b. G.	"	5%	Gf. St. O. Fr. 28	97½ P.
Baden	4%	Obligation.	99¾ G.	N-Am.	6%	St. i. D. r. 1881	56 G.
"	3½%	do. v. 1842	92¾ P.	"	6%	do. r. 1882	55⅜ bez.
G.Hess.	5%	Obligation.	102 G.	"	5%	do. r. 1871	— —
"	4%	do.	99⅜ G.	"	5%	do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	137⅞ G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96¼ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	797 bez.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅜ P.
5% " Cred. A. i. O. W.	197½ bG	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50¾ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅝ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	219 P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78¾ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	71¾ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97½ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	82 P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105¾ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅜ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	77 G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	99 G.	5% " " 2. " " "	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	190 P.	4½% Ldwb.-Verb. Pr.-Obl.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110¼ G.	4% " " "	98½ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	67⅞ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99⅞ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27¼ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	145½ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245 G.
4% Neustadt-Dürkheimer	98¾ P.	Span. Cr. b. Pereire 90% "	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 G.	4½% Bayer. Ostb. 50% "	111⅞ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅜ P.	3% Deutsch. Phönix 20% "	153 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125 G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% "	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% "	91 P.
4½% Frankf.-Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% "	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	130 G.
" 250 fl. " 1854	78¼ P.
" 100 fl. Pr. L 1858	133¼ P.
" 500 fl. v. 1860 6/7	83⅜ bG.
" 100 fl. v. 1864	95 G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9 G.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ P.
" 35-fl.-"	52½ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55 P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	136⅛ P.
" 25 fl. " " "	37⅝ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100 bez.
Antwerpen	"	93⅝ G.
Augsb. 24 fl. 100	"	99⅞ G.
Berlin	"	105 G.
Bremen	"	96⅝ B.
Brüssel	"	93⅞ G.
Cöln	"	104⅞ G.
Hamburg	"	88¾ B.
Leipzig	"	105 G.
London	"	118¾ B.
Maild. i. Fr. 200	"	94 G.
München	"	100 B.
Paris	"	94⅛ B.
" 60 à 90 T.		— —
Wien	k.S.	101⅜ bz.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41	-42
Preuß. Frd'or.	"	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	"	9 48½	-49½
Rand-Ducat.	"	5 33	-34
20-Frankenst.	"	9 24	-25
Engl. Sover.	"	11 48	-52
Russ. Imper.	"	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	"	803	-808
5-Frank.-Thl.	"	—	—
Alte österr. 20r.	"	30 24	G.
Rand-20r.	"	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	"	52	6-36
Preuß. Cassch.	"	1 45	-45¼
Doll. in Gold	"	2 27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg